

# PALÄSTINA-INFO

Herbst 2020



Gaza–USA • Gesundheitswesen • San Remo • Zukunftsentwürfe

# Editorial

Die Gesundheit der Palästinenser\* innen in Israel/Palästina ist nicht erst seit der Corona-Pandemie bedroht. Schon in unserer Gaza-Sonderausgabe haben wir die dortige Gesundheitskrise erwähnt, die durch die Blockade und die ständigen israelischen Angriffe verursacht wird. 2020 ist nun das Jahr, in dem der Gazastreifen laut einem UNO-Bericht von 2015 endgültig als unbewohnbar gelten soll. Und das schon ohne Covid-19. Diese Nummer wirft einen ausführlicheren Blick auf das Gesundheitswesen im besetzten Gebiet. Für Dr. Rita Giacaman von der Uni Birzeit ist klar, dass es für die Gesundheitskrise eine soziopolitische und keine rein medizinische Lösung braucht. Medizinische Graswurzelorganisationen wie die Palestinian Medical Relief Society verfolgen diesen Ansatz bereits. Sie bieten ihren Mitarbeitenden und Freiwilligen neben medizinischer Hilfe eine dringend nötige Alltagsperspektive.

Zukunftsvisionen braucht es aber auch über den Alltag hinaus. Dass diese radikal und vor allem antikolonial sein müssen, darüber schreibt Yara Hawari.

Auch wir finden, dass das Erbe der kolonialistischen Planspiele wie an der San-Remo-Konferenz vor 100 Jahren endlich ein Ende finden muss. Mit konkretem Widerstand anticolonialer Bewegungen, die durch die rassistische Polizeigewalt in den USA angefeuert werden, öffnet sich auch für Israel/Palästina ein Fenster.

Wir wünschen viel Spass bei der Lektüre und freuen uns wie immer über Spenden auf unser Postkonto 40-756856-2.

# Kurzmeldungen

*Zusammengestellt von der Redaktion*

## **Corona: Neue Dimensionen der Diskriminierung**

- Die palästinensische Bevölkerung in Israel und dem besetzten Ostjerusalem hat erschwerten Zugang zu Rettungsdiensten, Corona-Tests und Isolationseinrichtungen. Diese systematische Diskriminierung stellt die Menschenrechtsorganisation Adalah in einem Bericht an die UN fest. Informationen zur Pandemie auf Arabisch veröffentlicht das israelische Gesundheitsministerium weder kontinuierlich noch in Echtzeit. In Gaza führt zudem die blockierte Einfuhr von Treibstoffen als Teil der kollektiven Bestrafung der Bevölkerung zu Energieengpässen. Das weltweit praktizierte Online-Lernen ist für Kinder im Gazastreifen aufgrund fehlenden Internetzugangs unmöglich, dasselbe gilt für Home Office. Die Stromversorgung in Spitälern für den Betrieb von Ventilatoren und anderen wichtigen Geräten kann jederzeit zum Erliegen kommen. Engpässe in der Wasserversorgung gibt es nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in einigen Stadtteilen Ostjerusalems. Dort erhalten 70 000 Palästinenser\*innen nur dreimal wöchentlich Wasser. Ihre Lebensbedingungen entsprechen folglich nicht den empfohlenen Standards der Weltgesundheitsorganisation zur Bekämpfung der Ausbreitung von Covid-19. Ebenfalls in Ostjerusalem haben zudem alleine im Juli und August 2020 im Zuge von Hausdemolierungen durch Israel 96 Palästinenser\*innen ihr Zuhause verloren – und das inmitten der Pandemie. [www.adalah.org/en/content/view/9939](http://www.adalah.org/en/content/view/9939)  
[tinyurl.com/y3vxfpxu](https://tinyurl.com/y3vxfpxu)

## **Israel versprüht Herbizide**

- Es sind keine Neuigkeiten, jedoch wird das Thema im Frühjahr jeweils akut. Verschiedene NGOs wehren sich seit Jahren gegen die israelische Praxis des Versprühens von

Herbiziden entlang der Mauer zum Gazastreifen. Gesprüht wird aus der Luft, natürlich gelangt das Gift so auch auf die Felder der palästinensischen Bauern und Bäuerinnen und bedroht deren Gesundheit und landwirtschaftliche Erträge. Weitere Infos dazu sind auf der Webseite der Menschenrechtsorganisation Adalah zu finden.

[tinyurl.com/slhmcsxa](https://tinyurl.com/slhmcsxa)

## **BDS in Grossbritannien – good news!**

- Im April 2020 gab das Oberste Gericht in Grossbritannien der BDS-Bewegung Recht: Seit 2016 war es den britischen Pensionskassen verboten, ihre Gelder aus politischen Gründen aus einheimischen und ausländischen Rüstungsfirmen zurückzuziehen. Verboten war ausserdem, israelische Güter aus dem besetzten Gebiet vom Verkauf auszuschliessen. Beide Verbote wurden nun für ungültig erklärt.

[tinyurl.com/y9fx2ptd](https://tinyurl.com/y9fx2ptd)

## **Jordanien beendet landwirtschaftliches Abkommen mit Israel**

- Seit 25 Jahren ermöglicht ein Abkommen mit Jordanien israelischen Bauern und Bäuerinnen, zwei Enklaven in Jordanien zu bewirtschaften. Jordanien hat den Vertrag nun nicht mehr verlängert und reagiert so auf die immer häufigeren Ankündigungen der israelischen Regierung, Ostjerusalem und das Jordantal annekieren zu wollen.

[tinyurl.com/y2rsz72s](https://tinyurl.com/y2rsz72s)

## **Deutsche Mühen mit dem anticolonialen Blick**

- Der kamerunische Historiker und Politikwissenschaftler Achille Mbembe wurde vom deutschen Antisemitismusbeauftragten Felix Klein des Antisemitismus bezichtigt. Denn er hatte u.a. das Apartheidregime in Südafrika und den Holocaust in einer Studie im gleichen Satz als Manifestationen eines Trennungswahns bezeichnet. Angesehene Wissenschaftler zeigen sich solidarisch und begründen in einem Aufruf, weshalb diese Anschuldigung nicht haltbar ist. Sie plädieren für einen differen-

Cover: Bethlehem unter Lockdown. Foto: Marwa Ghannam. B'Tselem.

zierten Umgang mit dem Begriff Antisemitismus und lehnen politisch motivierte Diffamierung ab.  
[tinyurl.com/yy2bum86](http://tinyurl.com/yy2bum86)

### Visualizing Palestine

• Die interdisziplinäre Gruppe der gleichnamigen NGO veröffentlicht Grafiken zu Menschenrechtsthemen rund um Palästina. Gut recherchiert, schön gestaltet und mit neuen Technologien aufgearbeitet, finden sich auf der Webseite interessante Charts in verschiedenen Sprachen: [www.visualizingpalestine.org](http://www.visualizingpalestine.org)  
[tinyurl.com/y4ec3rso](http://tinyurl.com/y4ec3rso)

### AXA investiert in die Apartheid

• Der französische Konzern, zu dem auch der Schweizer Versicherer AXA-Winterthur gehört, investiert in drei israelische Banken, die Siedlungsaktivitäten im besetzten Gebiet mitfinanzieren. AXA ist ausserdem mit 9,03% an der Firma Equitable Holdings beteiligt, die in fünf israelische Banken und in das grösste private israelische Rüstungsunternehmen Elbit Systems investiert. Elbit preist seine Waffen- und Überwachungstechnologien als an Palästinenser\*innen „erprobt“ an. Ein internationales Bündnis hat Aktivist\*innen vor der Hauptversammlung von AXA dazu aufgerufen, den Konzern zum Rückzug dieser Investitionen aufzufordern. Mehrere Tausend E-Mails wurden an die CEOs geschickt. Zu einem Boykott von AXA wird vorläufig nicht aufgerufen. Das kann sich aber noch ändern, falls der Konzern an seinen Investitionen in die Apartheid festhält.

[bds-info.ch/index.php/de/axa](http://bds-info.ch/index.php/de/axa)

### Freispruch für BDS-Aktivist\*innen

• Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat einstimmig ein Urteil des obersten französischen Gerichts von 2015 gekippt, das BDS-Aktivist\*innen für eine Boykottaktion in einem Supermarkt verurteilte. Laut EGMR verstösst deren Verurteilung wegen „Anstiftung zur Diskriminierung“ gegen Art.10 (Meinungsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention. Der Entscheid bedeutet einen herben Rückschlag für die Versuche der israelischen Regierung und ihrer Verbündeter, den Aufruf zum Boykott Israels zu kriminalisieren.

[tinyurl.com/y2b5lcsy](http://tinyurl.com/y2b5lcsy)

## Gaza ist überall!

Arn Strohmeier

### Was die Unruhen und Proteste in den USA mit Israel zu tun haben



Proteste gegen israelische Annexionspläne in Tel Aviv vom 6. Juni 2020. Foto: Keren Manor

Im Jahr 2015 hat der israelische Anthropologe Jeff Halper sein Buch „War against the People“ veröffentlicht. Der Titel sagt es schon, wovon dieser Text handelt: Regierungen der Welt rüsten auf gegen die eigene Bevölkerung, um vor allem das Überleben des neoliberalen Wirtschaftssystems und ihrer Eliten zu sichern. Bei der Entwicklung dieser Politik spielt neben den USA Israel als treibende Kraft eine wichtige Rolle. Dort arbeitet man unter den Labeln „Sicherheitspolitik“ und „juristische Kriegsführung“ (lawfare) daran, das Völkerrecht im Sinne des zionistischen Staates zu „reformieren“, das heisst, es den Interessen Israels anzupassen.

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist der Konflikt mit den Palästinenser\*innen. Der Widerstand dieses Volkes gegen die Besatzung und seine permanente Unterdrückung ist nach israelischer Auffassung „Terrorismus“, obwohl das Völkerrecht solchen von kolonialer Unterwerfung betroffenen Ländern und Völkern ein Recht auf – auch gewaltsamen – Widerstand einräumt, wenn dieser sich

nicht gegen die Zivilbevölkerung richtet (UNO-Resolution 1960). Vor allem diese Bestimmung möchte Israel aushebeln – unterstützt von den USA, die nach dem Anschlag auf das World Trade Center den „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen haben.

Unter die Bezeichnung „Terroristen“ fallen nach diesem israelischen und amerikanischen – zunächst aussenpolitischen – Konzept global alle Aufständischen, Rebellen, Revolutionäre, nicht-staatliche Akteure und alle Protestierenden, die in Israel die Besatzungsmacht oder in anderen Ländern die autokratische Herrschaft von Potentaten bedrohen, sich gegen ungerechte soziale Zustände und Unterdrückung auflehnen und sich für demokratische Rechte einsetzen. Diesen Opponenten soll gemeinsam mit der Zivilbevölkerung, die sie unterstützen, der Status von Kombattanten entzogen werden. Sie würden damit vollständig delegitimiert und würden jeden völkerrechtlichen Schutz verlieren. Sie wären auch keine Partei, mit der im gegenwärtigen Konflikt Ver-

handlungen möglich wären. Sie sind eben „Terroristen“ und müssen mit entsprechenden Mitteln behandelt werden. Diese Art von „Sicherheitspolitik“ gilt natürlich auch für liberale Demokratien westlichen Typs, wenn es dort zu Aufständen kommen sollte.

Der israelische Anthropologe Jeff Halper beschreibt, welche Folgen eine solche Konzeption für das Völkerrecht haben würde: „Wenn sie [die Aufständischen oder Protestler] den Schutz des Völkerrechts suchen, wie die Menschen von Gaza es taten, und wenn sie Schritte unternehmen, die staatlichen Akteure für ihre rechtswidrigen Taten verantwortlich zu machen, dann begeben sie sich auf ein Gebiet, das Israel ‚juristische Kriegsführung‘ (lawfare) nennt: ‚Terroristen‘ benutzen das Völkerrecht als Waffe gegen die Demokratien. Israels Kampagne gegen diese ‚juristische Kriegsführung‘ versucht natürlich, nicht-staatliche Akteure als Schurken darzustellen, aber ‚juristische Kriegsführung‘ beschreibt auch Israels eigene Bemühungen, das Völkerrecht nach eigenem Bedarf zu verbiegen – eine Art asymmetrische ‚juristische Kriegsführung‘, um alle Beschränkungen zu beseitigen, denen Staaten unterliegen, die Kriege gegen ihre Bevölkerung führen wollen.“

Nebenbei bemerkt: Die Israelis sollten bei dieser Art der Argumentation an ihre eigene Vergangenheit denken. Denn man darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es ohne jüdisch-zionistischen Terrorismus gar keinen Staat Israel geben würde. Nach dem Zweiten Weltkrieg kämpften zionistische Milizen (vor allem die Hagana und die Palmach) sowie die Untergrundgruppen Irgun, Lechi und die Stern-Gruppe mit Terrormethoden gegen die britische Mandatsmacht und die Palästinenser\*innen. Der Irgun-Führer Menachem Begin hat 1946 mit seinen Leuten den Anschlag auf das King-David-Hotel in Jerusalem verübt, bei dem 90 Menschen getötet wurden. Die Untergrundgruppen

spielten auch 1948 eine wichtige Rolle bei der ethnischen Säuberung (Nakba), die eine reine Terroraktion war. Begin hat sich später gerühmt, im April 1948 auch das Massaker von Deir Jassin begangen zu haben, das 240 Palästinenser\*innen das Leben gekostet hat. Der zionistische Staat leugnet also mit seinem Bestreben, Aufständische völkerrechtlich zu „Terroristen“ zu machen, seine eigene Geschichte. Und die Frage bleibt, wie weit Israels Umgang mit den Palästinenser\*innen bis heute Staatsterrorismus ist.

Die von Israel betriebene „Sicherheitspolitik“ ist ein Teil der inzwischen viel beschriebenen „Israelisierung der Welt“, das heisst, politische und soziale Probleme nicht mehr mit den Mitteln einer humanen Politik zu lösen, sondern mit Gewalt und Unterdrückung, bei der ausgefeilte technisch-elektronische Hilfsmittel der Kontrolle und Überwachung eine wichtige Rolle spielen. Israel ist der Weltmarktführer bei der Herstellung solcher Mittel und liefert sie in die ganze Welt. Der zionistische Staat hat also seinen endlosen Kampf gegen die Palästinenser\*innen in einen gefragten Exportartikel verwandelt. Halper schreibt dazu: „Israel exportiert mehr als Waffen, Sicherheits- und Überwachungssysteme, Aufstandsbekämpfung- und Antiterrorinstrumente, Modelle der Bevölkerungskontrolle und Polizeitaktiken. Israel verkauft und wirbt für etwas, was viel weiter geht und viel gefährlicher ist: einen Sicherheitsstaat, der Sicherheit über alles andere stellt und der Demokratie und Menschenrechte in einer Welt des Terrors als ‚liberalen Luxus‘ betrachtet, und dabei wird jeder Widerstand, ganz gleich, ob er sich gegen Unterdrückung oder kapitalistische Ausbeutung richtet, schnell unter der Rubrik ‚Terrorismus‘ eingeordnet.“

Israel stellt sich auf diese Weise als „Modell der Zukunft“ dar: als Polizeistaat, der absolute Sicherheit garantiert. Halper beschreibt in seinem Buch ausführlich, wie eng die ame-

rikanische Polizei auf diesem Gebiet inzwischen mit den entsprechenden Institutionen in Israel zusammenarbeitet. US-Polizisten erhalten in Israel den letzten Schliff für den „Kampf gegen den Terror“. Und Terror findet in der Sicht von US-Präsident Donald Trump gegenwärtig in den USA statt. Dieser irrlichternde Präsident kann die Demonstrationen und Proteste gegen den weissen Rassismus und die Unterdrückung der Schwarzen und Latinos nach dem Polizisten-Mord an dem Schwarzen George Floyd nicht anders als blanken Terrorismus deuten.

Da braucht er kein Verständnis für die Schwachen und Unterdrückten der amerikanischen Gesellschaft zeigen, soziale Reformen für mehr Gerechtigkeit in der amerikanischen Gesellschaft ankündigen und in einer Rede an die Nation zu Mässigung und Frieden aufrufen. Trump ruft den Kriegszustand aus, mobilisiert die Nationalgarde und lässt die Armee aufmarschieren – er giesst Benzin ins Feuer. Das ist genau das von Israel vorgedachte Rezept: politische und soziale Probleme nicht mit Mitteln einer humanen Politik zu lösen, sondern mit brutaler Gewalt. Denn: Gaza ist überall!

Aus: *Palästina-Portal*, [tinyurl.com/y6crhbkj](https://tinyurl.com/y6crhbkj)

# Atemnot

Andrea Bregoli

## Die Benachteiligung im Gesundheitswesen ist in den besetzten Gebieten eine Konstante. Ein Überblick.



Israelisches Militär inspiziert palästinensische Ambulanz. Foto: Naser Fe, PMRS

In Zeiten von Corona wird die Diskriminierung der Palästinenser\*innen durch den israelischen Staat offensichtlich wie selten zuvor: Ungleichbehandlungen in der Gesundheitsversorgung aufgrund palästinensischer Ausweise, der Abriss von Häusern in Zeiten von Quarantäne und die Beschlagnahmung von Baumaterialien für Feldkliniken und Notunterkünfte. Solche Aktionen während einer akuten Situation wie der jetzigen müssen als Praxis einer strukturellen Benachteiligung verstanden werden, die das palästinensische Gesundheitssystem schon seit Langem in die Knie gezwungen hat.

Ein Blick auf verschiedene Budgetzahlen genügt. Im Jahr 1975, als die israelische Armee noch allein für die Gesundheit im palästinensischen Gebiet verantwortlich war, verfügte ein einzelnes israelisches Krankenhaus mit 260 Betten über ein Budget, das 60 Prozent des gesamten Gesundheitsbudgets des Westjordanlandes entsprach. Erst

ab Mitte der 80er-Jahre sind finanzielle Verbesserungen nachweisbar. 1986 erhöhte die Militäradministration die Gesundheitsausgaben für das besetzte Gebiet mit ca. 1,7 Millionen Einwohner\*innen von 8 auf 20 Mio. USD. Somit konnten für die

palästinensische Bevölkerung rund 30 USD pro Kopf ausgegeben werden, während in Israel 350 USD bereitgestellt wurden.

Die Erhöhung der Ausgaben steht aber in Zusammenhang mit dem kontinuierlich wachsenden Anteil der palästinensischen Steuern am Gesundheitsbudget und nicht mit einem Sinneswandel. In den 70er-Jahren, kurz nach Beginn der Besetzung, stieg der palästinensische Beitrag zur eigenen Gesundheitsversorgung von 10 auf 50 Prozent und gegen Anfang der 80er-Jahre lag er zwischen 75 und 80 Prozent. 1987 schaffte es die Militäradministration, die Gesundheitsversorgung im Westjordanland ausschließlich mit lokalen Steuern zu finanzieren. Im Gazastreifen konnte kein geschlossener Wirtschaftskreislauf errichtet werden. Das israelische Verteidigungsministerium hat bis 1994 15 Prozent der Versorgung finanziert.

Trotz der höheren Ausgaben standen für 1000 palästinensische Einwohner\*innen im Westjordanland im Schnitt nur 1,5 Betten und 0,8 Ärzt\*innen zur Verfügung, während in Israel selbst für dieselbe Zahl an Bewohner\*innen 6,1 Betten und 2,8 Ärzt\*innen bereitstanden.

Dies war der Zustand der gesundheitlichen Infrastruktur, als 1994 die

### Palästinenser\*innen im israelischen Gesundheitssystem

Rund 12 Prozent des Personals im öffentlichen israelischen Gesundheitswesen sind palästinensische Staatsbürger\*innen, im Vergleich zu rund 7 Prozent im gesamten öffentlichen Dienst. Die Durchmischung ist regional sehr unterschiedlich, von einem hohen Anteil in öffentlichen Spitälern des Nordens (nahezu 50 %) bis hin zur Psychiatrischen Klinik Nes Ziona, die keine\*n einzige\*n Palästinenser\*in beschäftigt. Gemessen am Bevölkerungsanteil von rund 20 Prozent sind die Palästinenser\*innen insgesamt immer noch untervertreten. Dennoch bildet das Gesundheitswesen vergleichsweise gute Aufstiegschancen und eine relativ weitreichende Gleichbehandlung von Ärzt\*innen, Pharmazeut\*innen und Pflegekräften ungeachtet ihrer ethnisch-religiösen Zugehörigkeit. Auch in Bezug auf das kollegiale Verhältnis zwischen jüdischem und arabischem Personal scheint das Gesundheitswesen eine Ausnahme darzustellen. Sie belegt, dass einer professionellen Zusammenarbeit wenig im Wege steht – allerdings, wie Untersuchungen zeigen (vgl. [tinyurl.com/yd4ozjzm](https://tinyurl.com/yd4ozjzm)), unter der Voraussetzung, dass Ereignisse wie Militäroperationen und generell die Politik gegenüber Palästinenser\*innen als Themen am Arbeitsplatz konsequent ausgeblendet werden.

Palästinenserbehörde (PA) im Zuge des sogenannten Friedensabkommens in einem Teil des besetzten Gebiets (OPT) Verantwortung für die Gesundheitsversorgung übernahm. Während knapp 30 Jahren war der Gesundheitssektor durch starke Unterfinanzierung direkt benachteiligt worden. Diese Diskriminierung setzt sich heute auf bürokratischer Ebene fort. Mit der administrativen Einteilung des OPT in A-, B- und C-Zonen im Westjordanland ist Israel in der öffentlichen Verwaltung nach wie vor die letzte Entscheidungsinstanz.

legalen Sperrmauer, beeinträchtigt. Am schlimmsten ist die Lage im seit über zehn Jahren abgeriegelten Gazastreifen. Dort müssen Einwohner\*innen eine Bewilligung für die Ausreise beantragen, um auswärtige medizinische Behandlung zu bekommen. Laut WHO ist die Ablehnungsrate für solche Bewilligungen zwischen 2012 und 2018 von 9 auf 38 Prozent gestiegen. Im Jahr 2018 mussten über 1800 Minderjährige zu Behandlungszwecken unbegleitet ausreisen, da den Eltern die Begleitung nicht genehmigt wurde.

unter jordanischer Verwaltung Aufschwung bekam, eine wichtige Rolle. Palästinensische Ärzt\*innen bauten damals selbstständig Kliniken und besuchten unbetretene ländliche Regionen. Solche kollektiven Aktionen, die ab den 80er-Jahren und insbesondere seit der ersten Intifada als bewusste Strategie des Widerstands gewählt und als „Sumud“, zu Deutsch „Standhaftigkeit“, bezeichnet werden, waren für das Gesundheitswesen unter Besatzung essenziell. Die Palestinian Medical Relief Society (PMRS) ist eine der vielen Organisationen, die aus diesem Geist entstanden sind.

Auch wenn Hilfsorganisationen und Freiwilligenarbeit die Gesundheitsinfrastruktur im OPT über Wasser halten, die psychische Belastung des palästinensischen Volkes kann damit nicht abgedeckt werden. Im Westen bereiten die wirtschaftliche Rezession, die Quarantäne und temporäre Reisebeschränkungen schon Sorgen und Debatten um das seelische Wohlbefinden der Bürger\*innen. Unter militärischer Besatzung, verschärft durch die Erfahrung wiederholter militärischer Angriffe, ist eine hohe psychische Belastung die Regel.

Um die Palästinenser\*innen aus dieser Dauerbelastung zu befreien, muss die strukturelle Benachteiligung, ein Zusammenspiel zwischen ewiger Unterfinanzierung, der Drosselung der eigenständigen Wirtschaftsentwicklung und der Absenz einheimischer Gestaltungsmacht, international anerkannt und bekämpft werden. Politischer Fortschritt ist für die Heilung der chronischen Unterentwicklung der Gesundheit nötig.

*Quellen:*

*Tamara Barnea und Rafiq Hussei (Hg.), Separate and Cooperate, Cooperate and Separate: The Disengagement of the Palestine Health Care System from Israel and its Emergence as an Independent System.*

*Rita Giacaman, Health Conditions and Services in the West Bank and Gaza Strip. Studie für die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung.*



*Patronenhülsen in einer mobilen Klinik nach Angriff während der zweiten Intifada.  
Foto: Abed Omar Qusine, PMRS*

Es herrscht ein strenges Bewilligungssystem, das Einschränkungen im Personen- und Warenverkehr ermöglicht und eine Vereinheitlichung jedes Systems verhindert.

In der C-Zone, die ca. 60 Prozent des Westjordanlands umfasst, ist die PA zwar auch für die Gesundheitsversorgung verantwortlich, aber der Bau von Kliniken, Krankenhäusern und Wasserleitungen wird von der israelischen Zivilverwaltung geregelt. Wenige Bauprojekte werden in der C-Zone bewilligt, unautorisierte Infrastruktur wird abgerissen. Der Personenverkehr wird im Westjordanland durch über 450 Blockaden, von Strassen-Checkpoints bis zur il-

Eine einheitliche Gesundheitspolitik und eine nachhaltige Finanzierung sind unter solchen wirtschaftlichen und politischen Umständen schlicht unmöglich. Aus diesem Grund ist die öffentliche Gesundheit schon seit Jahrzehnten stark auf internationale Hilfsorganisationen angewiesen. Seit der Nakba, der Vertreibung der Mehrheit der palästinensischen Einwohner\*innen aus dem entstehenden Staat Israel, erfolgt die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen im Wesentlichen über das zu deren Versorgung eingerichtete UN-Hilfswerk UNRWA. Zusätzlich spielt die einheimische Freiwilligenarbeit, die in den 50er-Jahren

# Soziale Krankheitsursachen erfordern soziale Lösungen

Interview mit Rita Giacaman

*Die Fragen stellte Andrea Bregoli*

**Gesundheit darf im Kontext des besetzten palästinensischen Gebiets (OPT) nicht nur medizinisch, sondern muss auch soziopolitisch betrachtet werden.**



*Mobile Klinik für Frauen in einer Schule in Bart'a ash Sharqiya. Foto: Oren Ziv*

**Sie arbeiten am Institut für gemeinschaftliche und öffentliche Gesundheit der Universität Birzeit im Westjordanland, das sie mitbegründet haben. Was lag der Gründung dieses Departements zugrunde und wie sah die Situation damals aus?**

Wir waren gleich von Anfang an beteiligt an dem, was damals „soziales Handeln“ (social action) genannt wurde, fortschrittliches soziales Handeln, um die Infrastruktur des Widerstands gegen die israelische Militärherrschaft aufzubauen.

Ich kam aus den USA zurück nach Hause und war umgeben von sozialem Handeln. Akademiker\*innen, die nicht in den Hochschulen blieben, sondern die Hochschule als Ort des gesellschaftlichen Aufbaus und des Widerstands dachten. Es lag also auf der Hand, Lösungen zu

manchen der Gesundheitsprobleme unter israelischer Militärherrschaft zu suchen. Eine Forschungsgruppe wurde gebildet, die der Frage nachging: Was passiert mit Menschen im Krieg? So begann alles.

Die ersten zwei Jahrzehnte bis zur Einsetzung der Palästinenserbehörde (PA) 1994, auch 1990 und im Kontext des Oslo-Abkommens, war unsere Arbeit integral mit sozialem Handeln verbunden. Wir betrieben akademische Forschung, aber mit einem Fuss in der Praxis vor Ort. Es war Arbeit an der Basis, im Bemühen, von den Betroffenen selbst zu lernen, die Erkenntnisse dann zu interpretieren und der Welt und der Öffentlichkeit zu vermitteln, welche Bedeutung sie für die Gesundheit haben und wie sie mit den kriegsähnlichen Bedingungen zusammenhängen.

**Bezieht sich der Verweis auf die Gemeinschaft im Institutsnamen auf diese Verankerung vor Ort?**

Ja. Wir beschränken uns nicht auf öffentliche Gesundheit, sondern betreiben gemeinschaftsbasierte und öffentliche Gesundheit und betonen das. Es ist also nicht das übliche, sagen wir angelsächsische akademische Verständnis von öffentlicher Gesundheit. Wir sind auch Aktivist\*innen. Was immer wir tun, geschieht unter Einbezug der Menschen und politischer wie sozialer Anliegen.

**Was verstehen Sie unter öffentlicher Gesundheit, in Abgrenzung zum westlichen Verständnis?**

Klassischerweise fokussiert öffentliche Gesundheit streng auf konkrete Zahlen aus biomedizinischer Sicht. Zum Beispiel wird erfasst, wie viele Menschen sterben, krank oder behindert sind. Wir haben einen anderen Ansatz. Wir betreiben das, was heutzutage multidisziplinäre öffentliche Gesundheit genannt wird. Vom [deutschen Mediziner Rudolf] Virchow (1821–1902) haben wir gelernt, was es bedeutet, Gesundheit in den Kontext einzubetten. Virchow untersuchte Mitte des 19. Jahrhunderts eine Typhusepidemie und kam zum Schluss, dass Reformen in der Verwaltung nötig seien. Damit zielte er auf die elenden Lebensumstände der Menschen, die er als Hauptursache für die Epidemie ausmachte. Wir haben uns das zu Herzen genommen und legen einen Blick auf die umfassenderen bestimmenden Faktoren für Gesundheit.

**Das entspricht auch Ihrer Tätigkeit in den 80er-Jahren, als Sie gemeinsam mit der Birzeit Women's Charitable Society (BWCS) ein Schulungsprogramm für Gesundheitspersonal in den Dörfern aufbauten.**

Ja, in den frühen 80er-Jahren gab es hier einen palästinensischen Mediziner. Die Mitglieder habe ich wegen ihrer Arbeitsweise als „Schreibtischtäter“ bezeichnet. Sie entschieden, was zu tun ist; mit ihrem biomedizinischen Modell lief



das zwangsläufig auf mehr Spitäler, mehr Ärzte, mehr Pflegekräfte, mehr Medikamente hinaus. Weil wir von Virchow beeinflusst waren, beschlossen wir, zuerst zu den Leuten zu gehen und mit ihnen zu reden, Tests durchzuführen und ihre gesundheitliche Verfassung herauszufinden. Dann erst können wir für ihre Gesundheit planen.

Wir gingen also in drei Dörfer in der Nähe von Birzeit. Der Zusammenhang zwischen Armut, unzulänglichen Unterkünften, Mangelernährung etc. einerseits und Kindersterblichkeit sowie Gesundheit insgesamt war sehr interessant und schockierend. Rund um diese Erkenntnisse schlossen wir uns mit der BWCS zusammen, um einen Schulungskurs für Gesundheitspersonal zu entwickeln. Das war ziemlich neuartig.

Die Universität Bethlehem hatte zuvor schon versucht, solche Kurse zu entwickeln. Wir konnten von ihren Fehlern lernen. Mislungene Projekte sind nicht immer eine Fehlinvestition. Ich habe eng mit den Leuten der Uni Bethlehem zusammengearbeitet, um herauszufinden, was schiefgelaufen ist. Sie hatten als Bedingung für das Gesundheitspersonal in den Gemeinden auf höhere Schulbildung gepocht. Zu dieser Zeit gab es natürlich keine Frauen, die einen solchen Abschluss vorweisen konnten, sodass nur Männer zugelassen worden waren. Als diese nach ihrer Ausbildung zurück in die Dörfer gingen, wurden sie aber nicht in die Häuser gelassen, weil sie Männer waren. Nach und nach scheiterte das Projekt also.

Wir zogen die Lehre daraus und sagten: Ok, sechs Schulstufen, sechs Jahre Schulbildung und nur Frauen. Das Programm war ein ziemlicher Erfolg und wurde mehrere Jahre weitergeführt. Dann übergaben wir es an eine der Gruppen, die im Sozialen aktiv sind, die Union of Palestinian Medical Relief Committees bzw. die heutige Palestinian Medical Relief Society (PMRS), die nach wie vor Gesundheitspersonal für die Gemeinden ausbildet. Irgendwann

wurde der Kurs vom Bildungsministerium als Nachoberstufendiplom anerkannt, was schwierig war, aber gelang.

**In dem Prozess stellten sich also auch viele Probleme. Ich habe gelesen, dass Sie zur Verbesserung der Wasserqualität Leitungen in die Dörfer verlegen wollten.**

Ja, das war eine interessante Situation. Das Problem war ein Parasitenbefall, der wegen des Durchfalls eine der Ursachen für die schwere Mangelernährung war. Es konnte also nicht darum gehen, die Mütter aufzufordern, ihre Kinder besser zu ernähren oder zu pflegen. Es macht keinen Sinn, Gesundheitserziehung anzubieten, wenn sie angesichts der mangelnden Infrastruktur gar nicht umgesetzt werden kann. Wir arbeiteten dann mit einer Einrichtung zusammen, um eine Wasserleitung in dieses Dorf legen zu können. Das israelische Militär verweigerte strikt eine Bewilligung. Sie wollten das Dorf bestrafen, weil es dort ein paar Aktivist\*innen gab. Unglaublich, wirklich unglaublich!

**Wo werden solche Anträge gestellt?**

Wir selbst hätten keinen Antrag stellen können. Wir schlossen uns mit einer internationalen Gruppe zusammen, die aufgrund der vorliegenden Daten Interesse zeigte, und sie stellten den Antrag bei der israelischen Militärverwaltung. Die sagen nie Ja oder Nein. Das ist bis heute so. Was auch immer man beantragt, sie sagen nie Nein, aber auch nie Ja. Sie lassen einen im Ungewissen und man kann ewig warten. So war es auch da. Ich habe nie eine Antwort bekommen. Beispielsweise habe ich viele Male versucht, nach Gaza zu reisen. Seit 1994 war ich nicht mehr in Gaza. Die WHO hat für mich den Antrag gestellt, aber sie haben keine Antwort bekommen. Kein Nein, kein Ja. Ich kann noch immer nicht dorthin.

**Sie betonen in Ihrer Arbeit und Forschung stark, dass die objektiven Gesundheitsdaten wie Tod, Verletzung, Behinderung und Krankheit nötig, aber unzureichend sind,**

**um die palästinensische Frage korrekt zu beschreiben. Nach der ersten Intifada begann die WHO, soziale und psychologische Kriterien in ihrem Verständnis von Gesundheit zu berücksichtigen, während sie sich zuvor auf rein physische Aspekte beschränkt hatte. Auch in der humanitären Hilfe wurden zunehmend psychologische Behandlungen angeboten. Sie kritisieren das und sagen, das sei nur eine „medikalisierte Antwort auf das Trauma“. Was verstehen Sie darunter?**

Was ich meine ist, dass manchmal und vielleicht sogar oft die Palastinenser\*innen mit dieser medikalisierten Antwort stigmatisiert werden. Erstens sind wir nicht psychisch krank. Das ist schon mal entscheidend. Wir leiden unter den Folgen einer Situation, in der wir Gewalt ausgesetzt sind. Wenn diese Gewalterfahrung die Ursache ist, muss es eine Lösung durch Beendigung dieser Gewalt geben. Soziale Ursachen von Krankheiten erfordern eine soziale Lösung. Stattdessen kommen sie mit Medikationen und Therapien und helfen uns, unsere Empfindungen zu betäuben und unsere Unterwerfung hinzunehmen. Das ist inakzeptabel. Ich möchte damit nicht sagen, dass manche Leute nicht Medikationen und Therapien brauchen. Manche brauchen das, aber die meisten sind nicht psychisch krank.

**Wie untersuchen Sie diese Gewalterfahrungen? In „Reframing Public Health in Wartime“ (Neubeurteilung von öffentlicher Gesundheit in Kriegszeiten) erwähnen Sie, dass zusätzlich zu den physischen Kriegsfolgen die Zerstörung der Lebensweise von Menschen mitberücksichtigt werden muss.**

Der Krieg von 1948 hat beispielsweise die Lebensweise der Menschen völlig zerstört. Zwei Drittel der palästinensischen Bevölkerung wurden vertrieben, enteignet und über die ganze Region zerstreut. Noch immer leben sie mehrheitlich in Flüchtlingslagern und warten bis heute auf ihr Recht auf Rückkehr. Das ist



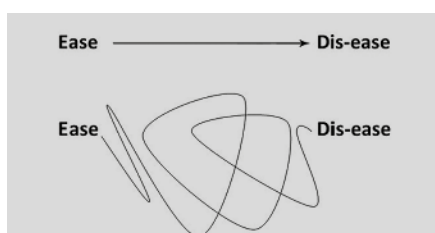
eine enorme Zerstörung der Lebensweise. Vom bäuerlichen Dasein zu dem eines Flüchtlings, der auf Godot wartet.

Der zweite Aspekt ist, dass beispielsweise auch aktuell permanent Landenteignungen stattfinden, wodurch die Lebensweise der Menschen zerstört wird. Mehrheitlich werden landwirtschaftliche Flächen konfisziert, die gebraucht werden. Sie nehmen Wasserquellen und lassen die Menschen ohne Beschäftigung zurück, sodass sie sich auf Arbeitssuche begeben müssen und sich am Ende in der demütigenden Lage wiederfinden, als Arbeiter in Israel die Häuser anderer Leute zu bauen. Gerade eben sollen 30 Prozent des verbleibenden Westjordanlands von Israel annektiert werden. Können Sie sich vorstellen, was das für die Palästinenser\*innen bedeutet? Das ist Zerstörung unserer Lebensweise.

### Wie fließt das in Ihre Forschung ein?

Indem wir dokumentieren, wie und was ihre frühere und was ihre heutige Tätigkeit ist, und indem wir beleuchten, welche Folgen das für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden hat. Dabei haben wir bemerkt, dass diese Dichotomie von Krankheit und Gesundheit problematisch ist.

Was es braucht, ist ein Konzept mit einem Kontinuum zwischen Wohlbefinden (ease) und Krankheit (dis-ease), in dem Menschen, wenn sie politischen, wirtschaftlichen und anderen Demütigungen ausgesetzt sind, in diesem Kontinuum, das zu Krankheit führen kann, hin- und herpendeln. In der Mitte, bevor es zur Krankheit kommt, leiden diese Menschen, unser Volk, und sie leiden fürchterlich. Das hat negative Folgen auf ihre Gesundheit, weshalb wir an-



Gesundheit und Krankheit als Kontinuum

gefangen haben, innerhalb der Kategorie soziales Leiden neue Aspekte einzuführen, wie beispielsweise die Demütigung. In einem veröffentlichten Artikel konnten wir zeigen, dass Demütigung negative Folgen hat. Wir arbeiteten auch das Kriterium der individuellen und kollektiven Gewalterfahrung heraus und konnten so zeigen, dass beide unabhängig voneinander negative Folgen für die Gesundheit haben. Das ist sehr wichtig, denn besonders die Biomedizin schaut nur auf Einzelpersonen und nicht auf die Gemeinschaft, auch wenn ganze Gemeinschaften betroffen sind.

Wir arbeiten auch andere Kriterien aus. Wir sind gerade kurz vor der fertigen Erfassung des Kriteriums der Deprivation (Mangel, Verlust von etwas bislang Erhaltenem) und machen Feldforschung zum Kriterium Ungewissheit. Das ist so wie Covid-19, niemand weiß genau, was auf uns zukommt. Wir werden sehen, wie sich das mit Gesundheit in Beziehung setzen lässt. Wir unternehmen also alles Mögliche, um Skalen und Massstäbe auszuarbeiten, die den Zustand vor Ausbruch der Krankheit erfassen, denn aus Sicht der öffentlichen Gesundheit ist Prävention das, was ansteht.

### Soziales Leiden ist also mehr oder weniger ein Kriterium, das zeigt, wie Gesundheit durch die Politik beeinflusst wird?

Durch Politik, aber auch durch die Wirtschaft, die Gemeinschaft, die PA. Wir schauen, welche strukturellen Faktoren die Gesundheit beeinflussen können. Insofern beziehen wir alles ein. In einer Studie über die Jugend (in Palästina) haben wir beispielsweise gezeigt, dass die jungen Menschen sich durch die Tätigkeiten der PA völlig ausgeschlossen fühlen und dass das Auswirkungen auf ihre Gesundheit hat.

### Woran genau äussert sich dieses Leiden oder dieser soziale Ausschluss von Jugendlichen im besetzten palästinensischen Gebiet?

Was wir herausgefunden haben, war, dass sich diejenigen Jugendlichen, die sich durch die Tätigkeit

der PA ausgeschlossen fühlen, signifikant weniger wohlfühlen. Wir nutzen die fünf Indikatoren der WHO über Wohlbefinden. Das passt recht gut. Wirtschaft ist ein wesentlicher Indikator, aber diese hängt nicht nur von der PA ab, sondern auch von Israel und der Siedlungstätigkeit.

### Sie erwähnen, dass die jüngere Generation unzufrieden ist mit der Arbeit der PA. Heisst das, dass sie mit der israelischen Besatzung selbst nicht unzufrieden sind?

Nein. Sie sind nicht zufrieden mit der israelischen Besatzung, aber fühlen sich in dieser Beziehung nicht ausgeschlossen. Wenn etwas passiert, gehen sie zu den Checkpoints und werfen Steine. Aber nicht nur das. Sie sind in der Lage, sich auf gewisse Weise zu organisieren und Dinge zu tun, die dem entgegenwirken, was die israelische Besatzung macht.

Das Problem mit der PA ist, dass es dort für sie überhaupt keinen Platz gibt. Es ist eine patriarchale Struktur, und sie wird auf allen Stufen vollständig von der aus der älteren Generation bestehenden Führung kontrolliert. Politisch wird sie zudem von einer Gruppe kontrolliert. Schauen Sie sich die aktuelle palästinensische Führung an. Gibt es da im Apparat irgendjemanden unter 60? Nein, da ist keinerlei Platz. Zudem gibt es Anordnungen. Es gibt Vetternwirtschaft. Sie geben die Arbeit also ihren Freunden, ihren Cousins. Und da ist Korruption.

Beispielsweise hat die PA vor einigen Wochen beschlossen, der Bevölkerung etwas Geld zu verteilen. Und dann gab es bei der Verteilung starke Vetternwirtschaft und Korruption. Deshalb protestierten sie gegen die PA. Sie geben das Geld ihren Cousins, Leuten von der Fatah, diesem und jenem und nicht den Leuten, die es wirklich brauchen würden.

### Die jüngere Generation hat also kaum Vertrauen in die Regierung?

Sie haben generell sehr wenig Vertrauen in was auch immer: in die PA und all ihre Institutionen; in alle Parteien, aber auch in die Gemein-



*Jugend im Widerstand.  
Foto z.V.g.: Rita Giacaman*

schaft. Sie vertrauen einzig und allein ihrer Familie.

**Sie haben auch erwähnt, dass sich die jungen Menschen in einer Art von „dreifacher Gefangenschaft“ befinden.**

Junge Menschen und insbesondere junge Frauen sind Gefangene der Besatzung, sie sind Gefangene der PA und sie sind Gefangene der Wirtschaft; und nun sind sie auch noch Gefangene von Covid-19. Dasselbe gilt für erwachsene Frauen, für die es ähnlich aussieht wie für die Jugendlichen, denn im Patriarchat geht es um die Kontrolle älterer Männer über Frauen und junge Menschen. Wenn es also keinen Handlungsspielraum und kein Betätigungsfeld gibt, ist man nicht nur gefangen, sondern natürlich auch extrem frustriert, verzweifelt etc.

Im Wesentlichen fühlen sich junge Menschen deutlich verzweifelter und unsicherer als ältere. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens haben alle über 35 die zweite Intifada miterlebt. Sie waren vielleicht 15 oder älter und kennen diese Störungen ihres Alltags, die Ausgangssperren etc., sind mit der Situation also vertraut. Daneben gibt es andere wichtige Gründe, warum ältere Menschen gesetzter sind. Sie alle haben Familie, haben Arbeit etc. Die Jungen warten noch darauf, Abschlüsse zu machen, sie wollen Arbeit finden, eine\*n Partner\*in, wollen heiraten, Kinder haben, ein Haus haben. Und sie wollen vollwertige Bürger\*innen sein. Aber zurzeit, mit dieser dreifachen Gefangenschaft, gibt es keinerlei Perspektive. Sie sitzen dau-

erhaft fest in der Kategorie Jugend. Deshalb sind sie tatsächlich extrem frustriert.

**Oft heisst es, die Jugend von heute sei die Führung von morgen. Welche Perspektive sehen Sie aufgrund Ihrer Analyse für die Jugend? Glauben Sie, dass es mit der heutigen Generation Verbesserungen geben wird?**

Ich weiss es nicht. Ich rede immer wieder mit meiner Tochter, die gerade ihr Doktoratsstudium abschliesst und extrem frustriert ist. Oder genauer genommen im Unklaren, wie es weitergehen soll. Es gibt keine Jobs, nichts. Vorhersagen sind daher schwierig, insbesondere da es nicht danach ausschaut, als würde die palästinensische Frage bald gelöst. Das ist ein riesiges Thema, nicht nur Covid. Die grössere Frage ist, was während der Covid-Pandemie in Bezug auf Annexion, Landkonfiszierungen, Verhaftungen, Siedlergewalt passiert. Es ist, als würde Israel Covid-19 nutzen, um Wunder zu vollbringen und die Palästinenser\*innen loszuwerden.

**Denken Sie, dass die Palästinenser\*innen die Situation nutzen können, um den Widerstand zu stärken?**

Das Problem mit dem Widerstand zurzeit ist, dass wir von zwei Armeen besetzt sind. Früher gab es die Besatzung, das war schlimm. Wir haben gegen die israelische Armee gekämpft. Jetzt gibt es auch die palästinensische Polizei. Sie überwacht die Palästinenser\*innen für die Israelis.

**Die Jugend zeigt aber auch, wie Sie in der Studie „The Psychological Health of Palestinian Youth“ zeigen, stärkere Formen des Widerstands, eine ganz andere Form von «dritter Intifada».**

Vielleicht. Es sind neue Formen, ein laufender Prozess anderer Art. Keine konstante, über vier Jahre andauernde Intifada. Es ist eher wie ein Sprint, und ich denke, wir müssen das anerkennen. Das Problem ist aber, dass der Protest zu wenig organisiert ist. Sie müssten selbst Erfahrungen mit

dem Befreiungskampf und Organisationsformen machen können, denn die Lösungen fallen nicht vom Himmel.

**Inwiefern hat sich Ihre Forschung im Verlauf der Geschichte von der ersten Intifada über die Oslo-Abkommen bis hin zur Einrichtung der PA und der zweiten Intifada verändert?**

Die erste Phase, als wir in die Dörfer gingen und sahen, unter welch schockierenden Verhältnissen die Menschen lebten, hat uns die Augen geöffnet. Von dort an war es ein gradueller Prozess, in dem wir jeweils auf den früheren Erfahrungen aufbauten. Im Bezug auf den Ansatz haben wir meiner Meinung nach nicht viel geändert. Was wir substantiell geändert haben, ist, dass wir unsere Arbeit jeweils auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse abstimmen. In den 80er- und frühen 90er-Jahren kümmerte es uns beispielsweise nicht, ein Diplom für öffentliche Gesundheit anzubieten. Das brauchte es nicht. Das Ziel war eine in der Gemeinde verankerte Rehabilitation. Doch als die PA eingerichtet wurde und ausgewählte Bereiche einschliesslich des Gesundheitswesens übernahm, wurde uns klar, dass ein Bedarf an Ausbildung im Rahmen der PA besteht. Daher befassten wir uns mit der Ausbildung in öffentlicher Gesundheit und setzten gleichzeitig unsere Forschung fort, wobei wir neue Aspekte in der praktischen Arbeit entdeckten und darüber forschten, um die negativen Folgen ausländischer Gesundheitspolitik aufzuzeigen und gleichzeitig die Ausbildung sicherzustellen.

**Haben Sie den Eindruck, dass sich mit der Arbeit des Instituts die Zusammenarbeit und die Anerkennung auf internationaler und nationaler Ebene verbessert haben?**

Bis etwa ins Jahr 2000 hatten wir keinerlei Chance, in internationalen Zeitschriften zu publizieren, da eine weit verbreitete Angst bestand, die Rechte der Palästinenser\*innen zu thematisieren. Es gab die Zeitschrift

Medical Monitor, die einen kleinen Artikel über Palästinenser\*innen in '48 [im israelischen Staat] veröffentlichte. Die wurde tatsächlich auf Druck der zionistisch-jüdischen Lobby eingestellt! Also wagte niemand etwas zu veröffentlichen. Mit der zweiten Intifada änderte sich das, zumindest in Europa. Wir begannen also zu publizieren. Durch das wachsende Bewusstsein insbesondere in Europa, in geringerem Ausmass in den USA, konnten wir deutlich mehr publizieren und Akzeptanz gewinnen.

Der andere Grund ist, dass unser Diskurs anders, bedrohlich wirkte. Mit der Zeit entwickelten aber auch andere ihren Diskurs weiter, insbesondere in Entwicklungsländern, und das westliche Paradigma wurde hinterfragt. Also publizierten wir immer mehr. Ich denke, unterdessen werden wir als legitim angesehen. Dazu fällt mir Michel Foucault ein, der einmal einen kleinen Text mit dem Titel „Zwei Vorlesungen“ schrieb. Darin betont er zu Recht, dass Kritik unterjochtes, abgeschlossenes Wissen einschliessen muss. Bei den Palästinenser\*innen dauerte es am längsten, sie wurden ausgeschlossen, weil sie angeblich lügen. Oder sie wurden westlichem Wissen unterworfen. Die Dinge ändern sich aber langsam, nicht nur für die Palästinenser\*innen, auch für andere und nicht nur in den Entwicklungsländern. Zum Beispiel, was in den Vereinigten Staaten passiert, mit Black Lives Matter. Die Verhältnisse beginnen sich zu ändern.



Dr. Rita Giacaman

# Unrecht im Recht

Walter Hollstein

**Vor 100 Jahren wurden an der Konferenz von San Remo erstmals die 28 Artikel des Völkerbundmandats für Palästina formuliert, die später zu Völkerrecht wurden und die Region noch immer prägen.**



Britischer und italienischer Premierminister, David Lloyd George und Francesco Nitti, an der San-Remo-Konferenz 1920.

Nach jahrelangen diplomatischen Bemühungen bei allen Grossmächten der Epoche um Unterstützung eines „Judenstaates“ in Palästina gelang der Zionistischen Organisation 1917 ein historischer Erfolg: Grossbritannien gab die Zusage, Palästina dürfe als Heimat der Juden legal betrachtet werden. Durch den alliierten Sieg im Nahen Osten über die Türkei als bisherigem Kolonialherren Palästinas machte sich England selber zur Kolonialmacht in diesem Gebiet. Einer der ersten Schritte zur Absicherung seines neuen Besitztums war die Balfour-Erklärung, die in Form des folgenden Briefs erfolgte:

*„Lieber Lord Rothschild, Ich habe die grosse Freude, Ihnen im Auftrag der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von ihm gebilligt wurde.“*

*„Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Ziels zu fördern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, dass nichts geschieht, was den bürgerlichen und religiösen Rechten der in Palästina bestehenden nicht jüdischen Gemeinschaften oder den Rechten und dem politischen Status der Juden in anderen Ländern Abbruch tun könnte.“*

*Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen wollten.*

*Der Ihrige  
(gez.) A.W. James Balfour.“*

Das Zusammenspiel von zionistischer und britischer Politik erfüllte die Interessen beider: Der Zionismus benötigte, um seine nationalen Ziele gegen jene der Araber durchsetzen zu können, den Schutz einer Grossmacht; die Engländer benutzten die Juden, um ihren Machtanspruch im Nahen Osten mit einem verlässlichen Verbündeten abzuschern und den arabischen Nationalismus zu neutralisieren.

Gemäss ihrem imperialistischen Prinzip „Divide and rule“ [...] reduzierten die Briten indessen auch den Forderungskatalog der Zionisten: Die Balfour-Deklaration enthielt die ursprüngliche Bestrebung der Zionistischen Organisation nach einem eigenen „Judenstaat“ nur noch in stark abgeschwächter Form. So sind die nebulos-unklaren Formulierungen der britischen Erklärung durchaus kein Zufall, sondern gewählt, um sich gegen Araber und Juden alle politischen Möglichkeiten zu bewahren. Der vage Begriff der „Heimstätte“ ersetzte die zionistische Ziel-

vorstellung vom „Judenstaat“. Den Zionisten wird „Wohlwollen“ bekundet, den Arabern Schutz ihrer Rechte zugesichert.

Faktisch musste freilich schon das Versprechen an den Zionismus, eine „nationale“ Heimstätte auf arabischem Territorium einrichten zu dürfen, eine Einschränkung jener arabo-palästinensischen Rechte bedeuten, die die Briten angeblich schützen wollten. Die Repräsentanten der palästinensischen Araber protestierten denn auch vehement. Sie konnten jedoch weder die Anwendung der Balfour-Deklaration noch die Abspaltung Transjordaniens von Palästina oder die Aufteilung der arabischen Welt zwischen Franzosen und Engländern 1920 während der Konferenz von San Remo verhindern.

Immerhin bewirkte der arabo-palästinensische Widerstand, dass die Briten am 3. Juni 1922 den Arabern in einer offiziellen Interpretation der Balfour-Deklaration versicherten, dass weder die Unterdrückung der arabischen Bevölkerung, ihrer Sprache und ihrer Sitten noch die jüdische Vorherrschaft in Palästina beabsichtigt seien. Ausdrücklich wurde angekündigt, dass die zionistische Immigration gemäss der wirtschaftlichen Kapazität des Landes beschränkt wird.

Am 25. April 1920 wurde Grossbritannien das Mandat über Palästina verliehen, was der Völkerbund am 22. Juli 1922 bestätigte. Ausdrücklich wurde den Zionisten im Text des Mandats eine „nationale Heimstätte“ zugesichert. Dieses Versprechen begrüsst alle Grossmächte; der amerikanische Kongress erklärte am 30. Juni 1922:

*„In Anbetracht dessen, dass das jüdische Volk viele Jahrhunderte lang an den Wiederaufbau seines alten Heimatlandes geglaubt und danach verlangt hat, und in Anbetracht dessen, dass dem jüdischen Volk nach dem Weltkrieg und seinem Anteil daran ermöglicht werden soll, eine nationale Heimstätte im Lande seiner Vorfäter neu zu schaffen und zu bilden, die dem Haus Israel die*

*lange versagte Gelegenheit geben wird, ein erfolgreiches jüdisches Leben und jüdische Kultur im alten jüdischen Land neu aufzubauen, darum wird von Senat und Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die Einrichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina befürworten, wobei klar verstanden werden soll, dass nichts geschehen darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der Christen und aller anderen nicht jüdischen Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen könnte und dass die heiligen Stätten und religiösen Bauten und Bezirke entsprechend geschützt werden sollten.“*

Am 29. September 1923 wurde das Mandat ratifiziert und in Kraft gesetzt. Eine Lektüre des Textes signalisiert, wie sehr die Zionisten bevorteilt und die arabischen Palästinenser benachteiligt wurden. Bereits in der Präambel heisst es, dass der Mandatar für die Balfour-Deklaration verantwortlich ist, „derzufolge für das jüdische Volk in Palästina eine nationale Heimstätte geschaffen werden soll“. Ebenfalls in der Präambel wird dem jüdischen Volk ein „historisches Anrecht“ auf Palästina und damit ein „Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung seiner nationalen Heimstätte in diesem Land“ zugestanden. Artikel 2 führt aus, dass Grossbritannien „für die Schaffung solcher politischer, administrativer und ökonomischer Bedingungen im Lande verantwortlich (ist), welche die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte sichern werden.“

Artikel 4 beinhaltet, dass eine „geeignete jüdische Vertretung („Jewish Agency“) als öffentliche Körperschaft anerkannt wird, um die Administration von Palästina in solchen ökonomischen, sozialen und anderen Fragen zu beraten und mit ihr zusammenzuarbeiten, die die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte und die Interessen der jüdischen Bevölkerung in Palästina betreffen.“ Artikel 6 verspricht, „die jüdische Immigration unter ange-

messenen Bedingungen zu erleichtern“. Artikel 7 kündigt an, dass die Administration in Palästina ein Nationalitätengesetz erlassen werde, welches „den Juden erleichtern soll, die palästinensische Staatsbürgerschaft zu erwerben“. Artikel 22 sichert den Juden zu, dass Hebräisch neben Englisch und Arabisch zur offiziellen Sprache Palästinas zugelassen wird. Bezeichnenderweise ist in diesem Text des Völkerbundes, den alle Grossmächte der Welt unterzeichneten, von der eingeborenen Bevölkerung Palästinas überhaupt nicht die Rede. Einmal mehr wird ihr in Artikel 2, ohne dass sie indessen als arabisch bezeichnet würde, einzig die „Wahrung der zivilen und religiösen Rechte“ zugesichert. Tatsächlich titulieren die 28 Artikel des Mandats die palästinensischen Araber nicht ein einziges Mal als solche. Nur im Artikel 22 wird die „arabische Sprache“ erwähnt.

Um die kolonialistische Ungeheuerlichkeit dieses Sachverhalts zu begreifen, muss man wissen, dass bei der Verabschiedung des Mandats 91 Prozent der palästinensischen Bevölkerung Araber waren, denen 97 Prozent allen Bodens gehörte. Der Mandatstext nimmt von dieser Wirklichkeit nicht nur keine Kenntnis; er deformiert sie dergestalt, dass die jüdische Minorität als Mehrheit erscheint und die arabo-palästinensische Masse als „nichtjüdische Gemeinschaft in Palästina“. Angesichts solch offenkundiger Diskriminierung fühlten sich die palästinensischen Araber von allen Grossmächten, die die Balfour-Deklaration und das Mandat unterstützten, verraten und verkauft.

Auszug aus: **Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts.**

Fischer Taschenbuch-Verlag 1972, S. 88 ff.

*Das Buch von Walter Hollstein ist antiquarisch und in Bibliotheken erhältlich. Obwohl vor fast einem halben Jahrhundert geschrieben, ist es als Überblick über die Dynamik in Israel/Palästina sehr zu empfehlen.*

*Von Walter Hollstein ist kürzlich im Verlag NZZLibro erschienen:*

*Das Gären im Volksbauch.*

*Warum die Rechte immer stärker wird.*

# Radikale Zukunftsentwürfe

Yara Hawari

**Gestützt auf Kolonialismusforschung, zeigt die Autorin, wie Palästinenser\*innen ihre Zukunft radikal anders imaginieren können als im Rahmen der durch den politischen Status quo geprägten üblichen Konzepte.**



Die 3 Millimeter breite Trennungslinie im UN-Teilungsplan entspricht in Wirklichkeit 60 bis 80 Metern. Wem gehört dieses Land? DAAR

*„Wir müssen Geschichten erzählen, die sich von denen unterscheiden, die man uns durch Gehirnwäsche einbläuen will ... Denn eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist auf dem Weg.“*

Arundhati Roy (War Talk)

Die Palästinenser\*innen befinden sich in einem permanenten Prozess der Auslöschung, in dem ihnen ihre Vergangenheit und Zukunft abgesprochen wird. Sie sind gefangen in einer kontinuierlichen Gegenwart, in der die Siedlerkolonialmacht Israel die zeitlichen und räumlichen Grenzen bestimmt. Die Palästinenser\*innen bezeichnen dies oft als nakba al mustamirrah oder kontinuierliche Nakba, gekennzeichnet durch ein nicht endendes Kontinuum von Vertreibung, Enteignung und Zerstörung. Es ist diese Kontinuität der Nakba, die es ihnen schwer macht, über ihre Zukunft nachzudenken. Im Vordergrund steht der Kampf um das Überleben in einer zunehmend prekären Gegenwart, insbesondere in Palästina selbst.

## **Kolonialismus und Realitätswahrnehmungen**

In „Ein sterbender Kolonialismus“ schrieb Frantz Fanon, der französische Kolonialismus in Algerien habe sich immer in der Annahme entwickelt, er werde ewig dauern. Die etablierten Strukturen, die Hafenanlagen, die Flugplätze und das Verbot der arabischen Sprache hätten den Eindruck erweckt, ein Bruch mit der Kolonialzeit sei unmöglich. Tatsächlich war „jede Manifestation der französischen Präsenz Ausdruck einer dauerhaften Verwurzelung in der Zeit und in der algerischen Zukunft und konnte immer als Zeichen endloser Unterdrückung gelesen werden“.

Ähnlich schafft das israelische Regime durch den fortgesetzten Sied-

lungsbau im Westjordanland und die Aneignung von Land jenseits der Grünen Linie Tatsachen und verschiebt die Grenzen dessen, was als israelisches Land anerkannt ist, ständig zugunsten des Siedler-Kolonialregimes.

Kolonialismus und Siedlerkolonialismus versuchen so, Kontrolle über die Realitätswahrnehmung auszuüben, um indigene und kolonisierte Menschen in einem scheinbar fortwährenden Seinszustand, einem zur Normalität gewordenen Stillstand zu binden. Sich eine Zukunft jenseits dieses Zustandes vorzustellen, ist daher ein rebellischer und radikaler Akt und alles andere als einfach.

Der indigene Autor und Forscher Waziyatawin, der zum Siedlerkolonialismus auf Turtle Island (USA und Kanada) arbeitet, erklärt in „Decolonization“, wie unendlich schwierig es im Kontext der „grössten und letzten Supermacht der Welt“ ist, Vorstellungen von einem Leben jenseits des Kolonialismus zu entwickeln. Für Palästinenser\*innen ist es ebenfalls eine Herausforderung, sich eine Zukunft vorzustellen, in der die kontinuierliche Nakba nicht Teil des Alltags ist. Vielen fällt es beispielsweise schwer, sich eine Zukunft vorzustellen, in der das Rückkehrrecht umgesetzt wäre und die Flüchtlinge und alle Palästinenser\*innen in ihrer historischen Heimat volle Rechte erhalten würden. Der Aufruf Waziyatawins an die indigene Bevölkerung, über die räumlichen und zeitlichen Grenzen hinaus zu denken, spricht diese Schwierigkeit an: „Für uns als indigene Völker ist es von wesentlicher Bedeutung, dass wir die Dramatik der globalen Situation verstehen, den Irrglauben in die Unverwundbarkeit der industriellen Zivilisation erkennen und beginnen, uns eine Zukunft jenseits des Imperiums und jenseits der kolonialen Nationalstaaten vorzustellen, die uns unterjocht haben.“

Arjun Appadurai beschreibt in „Modernity at Large“ die Vorstellungskraft als „ein organisiertes Feld sozialer Praktiken ... eine Form der Verhandlung zwischen Orten des

Handelns (Individuen) und global definierten Möglichkeitsfeldern“. Die Vorstellungskraft ist demnach eine Verschmelzung von individualisierten und vergesellschafteten Wahrnehmungen des Möglichen. Es ist dieses kollektive Element, das Vorstellungskraft von Fantasie unterscheidet. Appadurai trifft folgende Unterscheidung:

„Der Begriff der Fantasie ist unentzerrbar assoziiert mit einem von Plänen und Handlungen losgelösten Denken und hat auch einen privaten, ja individualistischen Beigeschmack. Die Vorstellungskraft beinhaltet hingegen etwas Absichtsvolles. Besonders wenn es sich um kollektive Vorstellungen handelt, kann sie zum Handeln motivieren. [...] Die Vorstellungskraft [in ihren kollektiven Formen] ist heute ein Schauplatz des Handelns und nicht nur der Flucht.“ Diese Unterscheidung stellt die Vorstellungskraft jenseits des Abstrakten in den Bereich des möglichen und (radikalen) Handelns. Zudem bedeutet die Vorstellungskraft jenseits des Imperiums keine Rückkehr zu einer Vergangenheit vor der Invasion oder, im Falle Palästinas, keine Rückkehr in die Zeit vor 1948. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, in dem nach Wegen zur Überwindung des Kolonialismus und seiner Unter-

drückung sowie nach Wegen zum Wiederaufbau nach dessen Überwindung gesucht wird. Das ist die Arbeit der Entkolonisierung, die mit der anticolonialen Arbeit, die das Kolonialregime herausfordert und konfrontiert, einhergehen muss.

### Aufgezwungene Visionen

Nicht alle Zukunftsvorstellungen können als radikal oder anticolonialistisch bezeichnet werden. Die Zukunft der Palästinenser\*innen wird seit Langem ohne deren Einbezug unter begrenzten, fremdbestimmten Rahmenbedingungen diskutiert, die oft direkt auf nationalstaatlichem Denken beruhen. Viele Konzepte und Zukunftsvisionen des politischen Mainstreams räumen den Ausgangsbeschränkungen der palästinensischen Bevölkerung und der Sicherheit des Siedlerstaates Priorität ein.

Die Kategorisierung von Israel und Palästina als zwei sich bekriegende nationale Gruppen statt als Siedlerkolonialismus hat faktisch dazu beigetragen, eine Interpretation zu privilegieren, wonach „zwei Staaten entlang der Grenzen von 1967“ die geeignetste und realistischste Zukunft für Israelis und Palästinenser\*innen seien. Die Hegemonie dieser Zwei-Staaten-Idee

wurde weiter zementiert, als sie von der palästinensischen Führung im Zehn-Punkte-Plan der PLO 1974 implizit unterstützt und Anfang der 1990er-Jahre mit dem Oslo-Abkommen, das vermeintlich einen Zeitplan für die Erlangung palästinensischer Eigenstaatlichkeit vorsah, offiziell übernommen wurde.

Mit Oslo verlagerten sich der Diskurs und die Politik der PLO konkret von Befreiung und Anticolonialismus zum Staatsaufbau im Westjordanland und im Gazastreifen. Dieser Kurswechsel veränderte auch die palästinensische Zivilgesellschaft, die weitgehend von der Unterstützung externer Geber abhängig wurde. Ein solcher Kurswechsel in der politischen Vertretung wie in der Zivilgesellschaft hat einen Grossteil des kollektiven Vorstellungsvermögens der Palästinenser\*innen an eine bestimmte politische Agenda gebunden. In ihrem Buch „Past is Present“ stellen Salamanca und seine Mitarbeiter\*innen im Hinblick auf diesen Kurswechsel berechtigterweise die rhetorischen Fragen: „Seit wann ist der anhaltende Kampf um Land und die Rückkehr eine ‚postkonfliktuelle‘ Situation? Seit wann ist Israel eine ‚postzionistische‘ Gesellschaft? Seit wann sind (zum Beispiel) die einheimischen Palästinenser\*innen in Galiläa eine ‚ethnische Minderheit‘? Und seit wann ist die Errichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die damit verbundene Befestigung der palästinensischen Gebiete ‚Staatsaufbau‘?“

Die politische Einordnung als anticolonialer Kampf wurde auf den Kopf gestellt, der Schwerpunkt der kollektiven Befreiung verlagerte sich auf individuellen Erfolg und insbesondere auf Kapitalgewinn. Darüber hinaus führt die Beschränkung von Palästina und Palästinenser\*innen auf das Westjordanland und den Gazastreifen dazu, dass Flüchtlinge in der Diaspora und die palästinensischen Bürger\*innen Israels marginalisiert und damit praktisch als nebensächlich oder irrelevant herabgestuft werden. Zukunftsvorstellungen in diesem Rahmen schliessen nicht



Jugendliche im besetzten Gebiet beim Parkour. Foto: Anne Paq



nur die Mehrheit des palästinensischen Volkes aus; sie sind auch abhängig von den Bedingungen der siedlerkolonialen Gesellschaft und deren imaginärem ewigem Fortbestand. Diese Aura der Beständigkeit, die allen kolonialen und siedlerkolonialistischen Projekten gemein ist, definiert die Zukunft innerhalb der kolonialen Grenzen.

Eines der Hauptargumente für eine solche Zukunft ist das der Machbarkeit. Die Machthabenden bestimmen die Machbarkeit als das, was sie für möglich, rational und praktisch halten. Den Palästinenser\*innen wird beispielsweise immer wieder gesagt, nur eine Zweistaatenlösung sei denkbar, weshalb sie bestimmte Rechte aufgeben müssten, darunter das Recht auf Rückkehr. Tatsächlich üben Intellektuelle, Politiker\*innen und die Medien oft epistemische Gewalt aus, indem sie die Palästinenser\*innen zwingen, bestimmte „Wahrheiten“ zu akzeptieren, die ihrer eigenen Stimme und ihren Rechten die Legitimität absprechen.

[Der Völkerrechtler] Richard Falk spricht sich in einem Artikel über die Zukunft Palästinas (Rethinking the Palestinian Future) im Fall der Zweistaatenlösung gegen das Machbarkeitsargument aus und behauptet, es führe in eine gesellschaftliche Sackgasse: „... der Horizont des Machbaren begrenzt die palästinensischen Optionen darauf, entweder einer weiteren Verhandlungsrunde zuzustimmen, die mit ziemlicher Sicherheit scheitern wird, oder solche Verhandlungen abzulehnen und dafür verantwortlich gemacht zu werden, Friedensbemühungen zu verhindern.“ Falk plädiert dafür, der moralischen und politischen Vorstellungskraft freien Lauf zu lassen, indem wir die „Notwendigkeit eines gerechten Friedens in Würde anerkennen und unsere Ziele dabei weit über den Horizont des Ersehnten hinaus setzen“. Aus den Grenzen der Machbarkeit auszubrechen ist schwierig, insbesondere, wenn diese im palästinensischen Diskurs und Alltag so fest verankert sind.

### Radikale Visionen

Dennoch gibt es Einzelpersonen und Gruppen aus allen Teilen der palästinensischen Gesellschaft, die die Zukunft auf andere, radikale Weise imaginieren. Wenig überraschend kreisen viele ihrer Vorstellungen um das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge, unabhängig davon, ob sie selbst Flüchtlinge sind oder nicht.

Einer der führenden palästinensischen Intellektuellen in dieser Hinsicht ist Salman Abu Sitta, dessen kartografische Arbeit die Machbarkeit der Rückkehr durch einen empirisch räumlichen und demografischen Ansatz aufzeigt. Durch seine Bestandesaufnahme des Landes und der Menschen zeigt Abu Sitta,

Sitz in Beit Sahour bei Bethlehem. DAAR ist eine Zusammenarbeit zwischen „Einheimischen und Internationalen sowie Künstler\*innen und Architekt\*innen“ und betrachtet die Entkolonisierung im Westjordanland und im Gazastreifen aus architektonischer Sicht, basierend auf der Vorstellung, dass die Siedlungen geräumt sind und das Land den Palästinenser\*innen zurückgegeben ist.

Die im Projekt tätigen Forscher\*innen konzentrieren sich auch auf die Rückkehr von Flüchtlingen und argumentieren, dass „Rückkehr und Dekolonisierung miteinander verbundene Konzepte sind: Über Rückkehr lässt sich nicht nachdenken, ohne über Dekolonisierung



*Betonzelt im Flüchtlingslager Deheishe, Kulturzentrum und Symbol der Vertreibung. DAAR*

dass es genügend Land für alle zurückkehrenden Flüchtlinge und für israelische Staatsbürger\*innen gibt (Palestine Land Society). Er organisiert die Rückkehr als gestaffelten Prozess von sieben Phasen, basierend auf der regionalen Verteilung und einem Wohnbauplan. Abu Sitta geht vom Konzept der Rückkehr aus, das unter Palästinenser\*innen sonst vor allem diskursiv verwendet wird, und erstellt einen konkreten Aktionsplan. Auch wenn viele mit dem Prozess nicht einverstanden sein mögen, zeigt er doch, dass es Wege gibt, ihn zu verwirklichen.

Ein weiteres räumlich orientiertes visionäres Projekt ist Decolonizing Architecture Art Research (DAAR) mit

nachzudenken, genauso wenig wie wir über Dekolonisierung ohne Rückkehr nachdenken können.“ Die Arbeit zielt darauf ab, Architektur in die kollektive kulturelle Vorstellung von Zukunft einzubeziehen. Obwohl die Arbeit von DAAR den Fokus auf die Grenzen von 1967 – genauer gesagt das Westjordanland und den Gazastreifen – legt, beschränkt sie sich ideologisch nicht auf die geografische Grenze des „besetzten palästinensischen Gebiets“, sondern begreift Palästina in seiner historischen Gesamtheit.

Verschiedene Gruppen junger palästinensischer Nachkommen von intern Vertriebenen (muhajjareen) aus dem Palästina von 1948 wirken



## Impressum

Palästina-Info Herbst 2020, Auflage: 2200 dt., 500 frz.

**Herausgeberin:**

**Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel**

**Layout: Georg Iliev, Popolo GmbH**

**www.palaestina-info.ch**

**info@palaestina-info.ch**

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

IBAN: CH31 0900 0000 4075 6856 2

ebenfalls an der Entwicklung radikaler Visionen für ihre zerstörten Dörfer mit. Die intern Vertriebenen machen ein Drittel der palästinensischen Bürger\*innen Israels aus, viele von ihnen leben in unmittelbarer Nähe der Dörfer, aus denen ihre Grosseltern und Eltern 1948 vertrieben wurden. Der israelische Staat hindert sie mittels verschiedener rechtlicher Mechanismen einschliesslich militärischer Verordnungen daran, auf ihr angestammtes Land zurückzukehren.

Einige Gruppen markieren zum Beispiel physisch auf dem Gelände ihrer zerstörten Dörfer Präsenz, errichten Unterkünfte und Zelte, wie z.B. in Iqrit und Kufr Bir'am. Die israelischen Behörden unterbinden diese Präsenz immer wieder und erklären sie als „illegal“, aus Angst, hier könnte ein Präzedenzfall für andere intern vertriebene Palästinenser\*innen geschaffen werden. Andere haben ihre Dörfer anhand von Modellen und Computersimulationen wieder aufgebaut und berücksichtigen dabei nicht nur ihre eigene Rückkehr, sondern auch die ihrer Verwandten, die 1948 in Nachbarländer geflohen sind. Dabei stützen sie sich auf Abu Sittas Idee, einen Aktionsplan für die Rückkehr auszuarbeiten.

Dies sind nur einige wenige Beispiele von radikalen Zukunftsvorstellungen. Sie bieten nicht nur ein Gegenarrativ; gemeinsam können sie eine Blaupause für die Befreiung liefern. Viele dieser Projekte und Initiativen sind allerdings unverbunden und diskontinuierlich. Einer der Gründe dafür ist zweifellos die geografische, soziale und politische Zersplitterung des palästinensischen Volkes, die dieses daran hindert, sich um einen politischen Konsens über die Befreiung scharen zu



*Jugendliche im besetzten Gebiet beim Parkour. Foto: Anne Paq*

können. Es reicht nicht, sich etwas vorzustellen, es geht auch darum, kollektiv zu handeln.

In einem Beitrag für den Guardian schrieb der Kolumnist Gary Younge: „Stellen Sie sich eine Welt vor, in der Sie aufblühen, ohne dass es dafür Anhaltspunkte gibt. Und dann kämpfen Sie dafür.“ Heute, wo nach wie vor andere die Zukunftsperspektiven für die Palästinenser\*innen schreiben – jüngstes Beispiel ist der Plan der Regierung Trump –, ist es entscheidend, für eine Zukunft zu kämpfen, die sich auf die kollektiven Vorstellungen der Palästinenser\*innen stützt.

*Aus Al Shabaka, [tinyurl.com/y6o8rfu2](https://tinyurl.com/y6o8rfu2).*

*Leicht gekürzt durch die Redaktion.*

### **Veranstaltung mit Yara Hawari**

Diesen März sollte Hawari an zwei Veranstaltungen zum Thema Kolonialismus und struktureller Rassismus in Genf und Bern auftreten. Leider mussten die Vorträge aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden. Die Veranstaltung wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.



*Yara Hawari*

*Yara Hawari ist feministische Aktivistin und Politologin. Sie schreibt regelmässig als Expertin für palästinensische Politik für den palästinensischen Thinktank Al-Shabaka. Sie promovierte in Nahost-Politik an der Universität von Exeter, wo sie weiterhin als ehrenamtliche Forschungsstipendiatin tätig ist. Neben ihrer akademischen Arbeit, die sich auf indigene Studien und Oral History konzentriert, schreibt sie auch häufig politische Kommentare für verschiedene internationale Medien, darunter die britische Zeitung The Guardian und die englische Ausgabe von Al Jazeera.*